

Mehr Spielraum für das Budget 2017

Die Frankenstärke hat sich kaum negativ auf die Steuereinnahmen des Kantons Freiburg ausgewirkt. Aus diesem Grund budgetiert der Staatsrat für 2017 auch wieder etwas optimistischer. Beim Staatspersonal hebt er Sparmassnahmen auf.

Urs Haenni

FREIBURG «Ein ausgeglichenes Budget 2017 zu erstellen war eine schwierige und anspruchsvolle Aufgabe.» Dies sagte Finanzdirektor Georges Godel (CVP) bei der gestrigen Präsentation des kantonalen Voranschlags für das nächste Jahr. Er wies darauf hin, dass die Kantonsverfassung und die Gesetzgebung ein ausgeglichenes

Budget verlangen: Mit einem erwarteten Gewinn von einer halben Million Franken ist dies der Regierung auch gelungen. Die Einnahmen und Ausgaben von 3,455 Milliarden Franken bedeuten eine Steigerung von je 3,9 Prozent oder 130 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2016.

Aus den Ausführungen von Godel war aber auch herauszu-

hören, dass dem Staatsrat die Aufgabe etwas leichter fiel als in vergangenen Jahren. Letztes Jahr musste der Staatsrat auf zehn Millionen Franken aus dem nicht zweckgebundenen Eigenkapital zurückgreifen; dieses Jahr war ein solcher Schritt nicht notwendig.

Nach der Zusammenstellung aller Bedürfnisse aus den kantonalen Ämtern war ein Fehl-

betrag von 177 Millionen Franken im Raum gestanden. «Wir führten drei Lesungen mit den Ämtern und zuletzt mit dem Gesamtstaatsrat durch», so Georges Godel. «Da blieb noch ein Manko von 33,6 Millionen Franken übrig. Schliesslich schauten wir nochmals die Möglichkeiten bei den Steuern sowie bei den Fonds und Provisionen an und kamen so auf das ausgeglichene Budget.» Der ursprüngliche Fehlbetrag wurde zu 47 Prozent durch eine Aufwandsenkung und zu 53 Prozent durch Mehreinnahmen wettgemacht.

Frankenschock kaum spürbar

Es sind vor allem die Steuereinnahmen, welche die Budgetierung für das kommende Jahr wesentlich erleichtert haben. Gegenüber dem Budget 2016 rechnet der Staatsrat mit 87 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen (plus 7,1 Prozent). Unter anderem sind es 52,5 Millionen Franken mehr bei den Einkommens- und Vermögenssteuern und 25,5 Millionen Franken mehr bei den Gewinn- und Kapitalsteuern von Unternehmen. «Die Steuerverwaltung hat festgestellt, dass die Entwicklung positiv ist und dass eine höhere Budgetierung der Steuereinnahmen für nächstes Jahr kein Problem ist», so Godel. Auch für die Rechnung 2016 sei diesbezüglich Optimismus angebracht.

Im vergangenen Jahr sei zum Teil eine Rezession befürchtet worden, so der Finanzdirektor. «Es gab aber keinen Rückgang

bei den Erträgen. Der Einfluss der Frankenstärke hat sich als weitaus weniger ausgeprägt erwiesen, als wir angenommen hatten.»

Das Budget 2017 zeichnet sich zudem dadurch aus, dass mehr Entnahmen aus Rückstellungen und Fonds enthalten sind als in früheren Jahren. Es handelt sich dabei um Gelder, die der Staat auf die Seite legen konnte, um vorhersehbare Ausgaben zu finanzieren. Dazu gehören höhere Personalkosten und Beiträge für die Pensionskasse oder Infrastrukturkosten für eine Eishalle und Schwimmbäder.

Während die höheren Einnahmen so erst seit kurzem absehbar waren, war schon länger klar, dass auch die Ausgaben stärker ansteigen als in den letzten Jahren. Dies steht in erster Linie im Zusammenhang mit dem Ende gewisser Sparmassnahmen, die 2014 eingeführt wurden. Insbesondere die Massnahmen beim Lohn des Staatspersonals werden per 2017 aufgehoben: Der Solidaritätsbeitrag des Personals fällt weg, der Lohnstufenanstieg wird per 1. Januar wieder eingeführt, und auch Kreditaufstockungen für Lohn erhöhungen stehen an (total plus 18,4 Millionen Franken).

Auch muss der Kanton nächstes Jahr 19 Millionen Franken mehr an Beiträgen zur langfristigen Finanzierung der Pensionskasse beitragen.

Personalstopp aufgehoben

Schliesslich löst der Staatsrat auch die Schraube bei der

Schaffung neuer Stellen. Insgesamt sind 2017 rund 90 neue Vollzeitstellen vorgesehen, mehr als die Hälfte davon im Unterrichtswesen. «Bei den Prioritäten orientieren wir uns an den Bedürfnissen, die durch das Bevölkerungswachstum entstehen», so Staatsrat Godel.

Auch wird ein Pool von zwölf Vollzeitäquivalenten geschaffen für Stellen, die noch nicht fest zugeteilt sind. Zusätzlich nimmt der Staatsrat auf das nächste Jahr eine Umwandlung von befristeten Stellen in fixe Stellen vor. Diese 126 Vollzeitäquivalente wirken sich auf das Budget 2017 fast kostenneutral aus.

Zahlen und Fakten

Personalaufwand und Steuern steigen

Bei Einnahmen und Ausgaben von je knapp 3,5 Milliarden Franken sieht das Staatsbudget 2017 einen Gewinn von 500 000 Franken vor. Einnahmen wie Ausgaben sind gegenüber dem Budget 2016 um 3,9 Prozent oder 130 Millionen Franken gestiegen. Höher budgetiert werden die Steuereinnahmen: um 7,1 Prozent oder 87 Millionen auf 1,307 Milliarden Franken. Ausgabenseitig steigt der Personalaufwand um 47,2 Millionen an. Bei 156 Millionen Franken Nettoinvestitionen sinkt der Selbstfinanzierungsgrad auf 65,2 Prozent. *uh*

Kommentar



Urs Haenni

Dieses Budget ist wahlkampf-tauglich

Wenn Finanzdirektor Georges Godel in den letzten Jahren ein ausgeglichenes Staatsbudget oder gar eine positive Rechnung präsentierte, hob er

sogleich den Mahnfinger. Er blickte als verantwortungsbewusster Hüter der Staatskasse immer auch in die Zukunft, und da meinte man bisweilen die Stimme von Nostradamus persönlich zu hören. Mit drohenden Fehlbeträgen in der Grössenordnung von Hunderten Millionen Franken sorgte Godel selbst bei Frohnaturen für Angstschweiss. Einzig das 2014 ergriffene Sparregime habe den Dammbbruch noch verhindern können, lautete seine Botschaft. Und nun? Mit einem Mal ist die Weltuntergangsstimmung wie weggeblasen. Der Staatsrat hat den Mut, für das kommende Jahr satte Mehreinnahmen bei den Steuern vorzusehen. Die

Massnahmen auf den Löhnen des Staatspersonals werden wie angekündigt aufgehoben, es gibt Lohnerhöhungen, und neue Stellen sind wieder möglich. Zudem ist der Staatsrat sogar bereit, einige befristete Stellen in feste umzuwandeln. Das hat zwar für 2017 finanziell kaum Folgen, bedeutet längerfristig aber doch mehr Fixkosten.

Mit diesen Anpassungen nimmt der Staatsrat rechtzeitig vor den Wahlen Druck weg. Der Groll des eigenen Personals dürfte sich vorerst legen, und dem Volk zeigt der Staatsrat, dass er sich nicht einmal von Nostradamus' Prophezeiungen einschüchtern lässt.

Investitionsprogramm

Höheres Bauvolumen als in den letzten Jahren

+ Nie in der laufenden Legislatur hat die Freiburger Regierung ein höheres Investitionsvolumen veranschlagt als im Budget 2017. Gemäss dem gestern präsentierten Voranschlag kosten die nächstes Jahr vorgesehenen Projekte 197 Millionen Franken; 41 Millionen Franken fliessen als Einnahmen zurück. Dies ergibt Nettoinvestitionen von 156 Millionen Franken: rund 26 Millionen Franken mehr als im Budget 2016. Auch gegenüber den Jahren 2011 bis 2015 bedeutet es eine Steigerung von rund 20 Prozent. Der gesunkene Selbstfinanzierungsgrad von 65,2 Prozent ist hauptsächlich auf dieses höhere Investitionsvolumen zurückzuführen. Den

grössten Posten bei den Investitionen machen mit 41,6 Millionen Franken Sanierungsprojekte an Kantons- und Hauptstrassen aus. 35,5 Millionen Franken Ausgaben sind an Gebäuden geplant: das Agroscope in Grangeneuve, das Rathaus, das Schumacher-Gebäude in Schmitten. Gemäss Staatsrat Georges Godel ist der Kauf des Tetra-Pak-Geländes in Romont zu kurzfristig erfolgt. Dazu wird wohl ein Nachtragsbegehren beim Grosse Rat notwendig sein. Auch das Polizeigebäude, die Hochschule für Gesundheit und das Lager Schwarzsee beanspruchen 2017 weitere Mittel. Mit einem Betrag von 9 Millionen Franken sind eine Eisbahn und Schwimmbäder aufgeführt. *uh*



Mit der Einführung der Struktur- und Sparmassnahmen 2014 bremste der Staatsrat die Entwicklung der Staatsausgaben. Das Ausgabenwachstum steigt mit der Aufhebung der Lohnmassnahmen nun aber auf 3,9 Prozent. Dies sind 130 Millionen Franken Mehrausgaben bei einem Budget von 3,5 Milliarden Franken. *Grafik zu*

Reaktionen

Die Linke hat sich mehr erhofft

+ Auf das gestern vorgestellte Staatsbudget ha-

ben linke Kreise mit Stellungnahmen reagiert. Die Freiburger SP bezeichnet die Finanzierung der Regierung als kurzfristige Gleichgewichtsübungen. Dass die Ausgaben ansteigen, sei nur auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen, es reflektiere aber keine langfristige Vision. Der Verband des Personals öffentli-

cher Dienste kritisiert, dass das Aufheben der Sparmassnahmen nicht durch Kompensationsmassnahmen an das Personal begleitet wird. Für den Verband des Staatspersonals ist die allgemeine Lohnerhöhung von 0,4 Prozent «ziemlich kleinlich». *uh*